

## Anhang 1

### Jahresbericht 2015 des Präsidenten

---

«Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss.» (Marie Curie, polnisch-französische Physikerin & Chemikerin und 2-fache Nobelpreisträgerin anfangs des letzten Jahrhunderts.)

Auf unsere Branche übertragen heisst das, man darf nicht in der beschaulichen Realität von einst verharren, sondern muss sich für die veränderten Anforderungen der Energiezukunft rüsten bzw. diese möglichst aktiv mitgestalten.

Trotzdem gehört es zum Jahresbericht eines Präsidenten, einen kurzen Blick in das vergangene Verbandsjahr zu werfen.

Lassen sie mich mit einer Gesamtbeurteilung beginnen: Über unseren Dachverband konnten wir uns in verschiedene Themen erfolgreich einbringen wie beispielsweise die Forderung, dass die Verantwortung für eine stabile und zuverlässige Stromversorgung auch künftig bei den Produzenten und Netzbetreibern verbleiben soll und eine übermässige Einflussnahme der Politik ins operative Geschäft strikt abzulehnen sei. Oder dass in der Energiepolitik der oft unkoordinierte, zuweilen hektische Aktionismus nach «Fukushima» nun endlich abzuschliessen und ein Gang zurückzuschalten ist, da ansonsten die Gefahr besteht, dass die Energiestrategie 2050 ungebremst in die Wand fährt. – Dazu passend auch unser heutiger Gastreferent.

Die Frage bleibt offen, wie der bisherige 40-Prozent-Anteil der Kernkraft am Schweizer Strommix ersetzt werden soll – notabene ohne dabei die Versorgungssicherheit zu schwächen. Dass derzeit bei der vollen Strommarktöffnung keine Eile geboten ist, hat unter anderem auch die vom DSV im letzten Jahr in Auftrag gegebene Studie «Strommarktöffnung in der EU und Folgerungen für die Schweiz» gezeigt, welche auch der ESA mitfinanziert hat.

Mehr Ruhe in der Energiepolitik ist daher angesagt. Es genügt, wenn wir als Verteilnetzbetreiber dafür sorgen, dass unsere Leitungen und Anlagen ständig unter Strom stehen; der Gesetzgeber braucht dies nicht auch noch zu tun. Je mehr die Politik – und das sage ich bewusst als Politiker – ins operative Geschäft der Energiebranche eingreift, desto grösser wird die Gefahr, dass Partikularinteressen die Oberhand gewinnen. Die Politik hat sich darauf zu beschränken, sinnvolle Ziele und Rahmenbedingungen festzulegen. Deren Umsetzung bleibt der Branche überlassen. Wer trägt letztlich die Verantwortung, dass die Stromversorgung funktioniert? Nicht die Politiker, die kaum je in der Lage sind, die Tragweite ihrer Entscheide wirklich abzuschätzen, sondern wir als Verteilnetzbetreiber, die jede benötigte Kilowattstunde auch in die entlegenste Liegenschaft zu liefern haben. Und weil wir in der Verantwortung stehen, möchten wir auch bestimmen, wie wir die vorgegebenen Ziele umsetzen. Das berühmte Prinzip der Balance zwischen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung hat auch für die Energiebranche zu gelten. Und wir als Energieversorger sind auch am Besten in der Lage, die Folgen von Entscheiden zu Ende zu denken, weil wir am ehesten den Blick fürs Ganze haben.

Folgende Beispiele mögen dies illustrieren: In Analysen zu politischen Abstimmungen taucht in den letzten Jahren immer häufiger der Begriff eines Stadt-Land-Grabens auf, der den traditionellen «Rösti-Graben» abzulösen scheint. Ein solcher Stadt-Land-Graben droht auch in der Energieversorgung: In ländlichen Gebieten stehen ausreichend Flächen zur Verfügung, um beispielsweise Strom mittels Photovoltaikanlagen zu produzieren. In den Städten hingegen ist dies nicht der Fall – dafür wird dort ungleich mehr Energie benötigt als auf dem Land. Denkt man dies zu Ende, müsste das Netz letztlich (nur) von den Städten finanziert werden, weil sich ländliche Gebiete im Grunde autonom versorgen könnten. Ein anderes Beispiel: Es sind vor allem zwei Gruppen, die keine Möglichkeit zur energetischen Selbstversorgung haben, nämlich Kunden, die sich keine eigene Photovoltaik- oder anderweitige Energieerzeugungsanlage leisten können, sowie Gewerbebetriebe, denen nicht ausreichend Flächen für PV-Anlagen zur Verfügung stehen. Beide Gruppierungen sind existenziell auf ein funktionie-

rendes Netz angewiesen. Und schliesslich – dessen ist man sich heute noch kaum bewusst – droht mittelfristig ein Zielkonflikt zwischen der Photovoltaik und der Laufwasserkraft, die in der Schweiz immerhin knapp die Hälfte der gesamten Wasserkraft umfasst.

Klare Koordination ist gefragt! Dabei spreche ich nicht bloss von Bund und Kantonen, sondern auch von regionalen Organisationen. Überall entstehen neue Themen und Arbeitsgruppen. Die erforderliche Koordination ist aber nicht immer zu erkennen. Ein durchdachtes Agieren aller Beteiligten tut daher Not. Als Exponenten der Strombranche stehen wir in der Verantwortung, die uns betreffende Zukunft aktiv anzugehen. Wir dürfen nicht als Bremser wahrgenommen werden sondern müssen uns aktiv für eine solidarische, zuverlässige Energieversorgung einsetzen.

Der ESA-Vorstand hat dies an vier Vorstandssitzungen gelebt, eine davon gemeinsam mit der Geschäftsleitung der SAK in St.Gallen. Dabei haben wir uns breit über alle möglichen Trends und Themen ausgetauscht. Wir haben dies aber nicht nur für uns im Vorstand sondern gemeinsam mit unseren Mitgliedern anhand einer breiten Mitgliederumfrage durchgeführt – wie die Präsentation der Resultate anlässlich der letztjährigen Generalversammlung zeigte. Parallel führte auch der DSV eine Mitgliederumfrage durch, deren Erkenntnisse ebenfalls zu entsprechenden Massnahmen führten.

Aber auch nach besagten Mitgliederumfragen haben wir nicht zum Aktionismus geschwenkt sondern die Resultate der Umfrage in die Arbeiten übers Jahr einfliessen lassen. Eine Konsequenz daraus war beispielsweise eine Homepage, welche derzeit in der finalen Phase steckt. Sie wurde heute im Vorstand vorgestellt und wird in den nächsten Tagen aufgeschaltet werden können. Es haben aber auch Gespräche mit unserem Nachbarverband VTE stattgefunden, woraus resultiert, dass wir kostenfrei gegenseitig Infoveranstaltungen besuchen können. Wir haben bewusst entschieden, diese nicht komplett gemeinsam zu organisieren, sondern vorerst den Austausch zu ermöglichen und zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf zu vertiefen und zu intensivieren.

Wir haben auch Mitgliederakquise betrieben, was sich in unserem Verbandsgebiet äusserst schwierig erweist. Viele „lose“ Energieversorgungsunternehmen sind nicht mehr zu verzeichnen; eher schliessen sie sich zusammen oder werden an die SAK verkauft. Nichts desto trotz ist es uns gelungen die Elektrizitätswerk Jona-Rapperswil AG wieder als Mitglied des ESA zu gewinnen, nachdem sie in früheren Jahren schon einmal Mitglied des ESA gewesen war.

Wir haben aber auch unsere regionalen Energiepools betrachtet. Wir mussten dabei feststellen, dass diese ganz unterschiedlich aufgestellt sind: Es gibt solche, die sich seit jeher regelmässig treffen. Es gibt aber auch Regionalpools, die – seitdem keine Bündelung des Stromeinkaufs mehr stattfindet – nur noch auf dem Papier bestehen. Sie existieren zwar noch, sind sich häufig ihrer weiteren Funktion jedoch nicht bewusst: nämlich dass sie einen Delegierten in den Vorstand des ESA entsenden können und sollen. Dieser erfüllt dann seine konkreten Aufgaben gemäss Statuten im Interesse der Mitglieder des jeweiligen Regionalpools.

Wir hatten auch intensive Gespräche, Mail- & Briefverkehr mit unserem Bündner Nachbarverband VBE geführt. Jedoch nicht bloss unter Verbandspräsidenten, sondern konkret und sachbezogen in Zusammenhang mit dem Ausbildungszentrum für Netzelektriker Meiersboden in Chur. Diesbezüglich sind auch die Anträge des Vorstandes unter Traktandum 6 der heutigen Versammlung zu verstehen.

Im Kanton St.Gallen haben wir Gespräche mit der Energieagentur St.Gallen geführt, wo wir unsere Zusammenarbeit intensivieren könnten. Wir sind jedoch zum Schluss gekommen, dass die teils stark unterschiedlichen Ansprechgruppen und Interessen nicht institutionalisiert zu Papier gebracht werden können.

Wie bereits erwähnt bestehen verschiedene Organisationen auf verschiedenen staatlichen Ebenen. In unserem Verbandsgebiet existieren im Wesentlichen die Energieagentur St.Gallen und der Verein Energie AI/AR. Zusammen mit der Energieagentur besteht auch der «Runde Tisch Strom», welcher sehr ambitiös gestartet ist, mittlerweile zum Erliegen gekommen ist und dessen Auflösung bevorsteht.

Auch in der Arbeitsgruppe «Stromeffizienz-Massnahmen», in welcher ich den ESA vertreten darf, konnten gute Outputs initialisiert werden. Die ursprüngliche Aufgabe zu welcher die Arbeitsgruppe einberufen wurde ist mittlerweile getan, weshalb sich auch hier die Frage stellt: Muss diese Arbeitsgruppe zwingend weitergeführt werden oder kann sie nach getaner Arbeit mangels konkreter neuer Aufgaben aufgelöst werden. Auch dies wird im Laufe dieses Jahres noch zu besprechen sein.

Wir haben im Rahmen des Entwurfs des Geoinformationsgesetzes (GeolG) und dem beabsichtigten Verbund GDI-SG – zu welchem auch die beiden Appenzell gehören – an der Vernehmlassung teilgenommen. Jeder Kanton benötigt ein GeolG. Unsere Gedanken konnten spät aber gezielt eingebracht werden. Nicht etwa weil wir den Zeitpunkt verpasst hätten, sondern weil wir von Seiten Kanton erst relativ spät angefragt wurden. Das Projekt ist etwas ins Stottern geraten. Wir haben aber nach wie vor ein Auge darauf, dass das GeolG und die dazugehörige Verordnung im Sinne unserer Werke gestaltet werden.

Wie bereits eingangs erwähnt haben wir auch im DSV wiederum intensiv mitgearbeitet. Vor allem durch unser Vorstandsmitglied und Mitglied des DSV-Vorstandes Andreas Jossi, dem entsprechend grosser Dank gebührt.

Last but not least erwähnt sei auch die Infoveranstaltung Eigenverbrauchsregelung von vergangenem Herbst in St.Gallen, zu welcher ich ebenfalls zahlreiche Vertreter aus Ihren Reihen begrüßen durfte.